

1 UE-02

2 Antragsteller: UB Kleve

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Kiesabbau stärker begrenzen – Vetorecht für Städte
7 und Gemeinden**

8

9 Rees ist die Stadt im Kreis Kleve, die am stärksten vom
10 Kiesabbau betroffen ist. Die Kreis Klever SPD unter-
11 stützt den einstimmigen Beschluss des Reeser Stadtra-
12 tes zu einem Verbot weiterer Flächenaus Kiesungen. Wir
13 unterstützen den Protest gegen die „Reeser Welle“. Wir
14 wollen keinen Kiesabbau in der Reeser Ortschaft Esser-
15 den so unmittelbar am Rhein und am Deich!

16

17 Darüber hinaus fordern wir grundsätzlich ein Umden-
18 ken in der Kiesabgrabung und den Stopp des Raubbaus
19 an unserer heimischen Kulturlandschaft.

20

21 Zukünftig muss immer der Stadt- oder Gemeinderat ei-
22 nem Kiesabbauvorhaben zustimmen, andernfalls kann
23 keine Kiesgewinnung auf dem Stadt- oder Gemeinde-
24 gebiet vorgenommen werden.

25

26 Für jede Abgrabung ist vor ihrem Beginn ein Nachnut-
27 zungskonzept zu erstellen, dem der Stadt- oder Ge-
28 meinderat zustimmen muss. Die Einhaltung des Nach-
29 nutzungskonzepts ist zu überwachen.

30

31 Bevor weiteren Flächenabgrabungen zugestimmt wer-
32 den kann, muss zukünftig zwingend geprüft werden, ob
33 nicht auch durch Nachabgrabungen oder Abgrabungen
34 an anderen Orten, z.B. im Rhein oder im Tagebau, der
35 Bedarf gedeckt werden kann.

36

37 Hier im Kreis Kleve und am Niederrhein gewonnener
38 Kies soll vorrangig auch nur für die regionale Bauindus-
39 trie verwandt werden dürfen. Ganz im Sinne der heimi-
40 schen Rohstoffsicherung wird deshalb ein Exportverbot
41 für heimischen Kies gefordert.

42

43 Maßstab für die Fortschreibung der Versorgungssicher-
44 heit muss der in den letzten fünf Jahren tatsächlich ver-
45 baute Kies sein. Die jetzige Regelung, dass der künftige
46 Kiesbedarf sich nach der in den letzten drei Jahren von
47 der Kiesindustrie abgebaute Menge errechnet, lehnen
48 wir ab.

49

50 Die Recyclingquote von Baustoffen muss massiv erhöht
51 werden. Deshalb soll die Produktion alternativer Bau-
52 stoffe und die stärkere Forschung und Entwicklung mit
53 Förderprojekten des Bundes und Europas unterstützt
54 werden.

55

56 Die Kiesindustrie soll zukünftig in einen „Kommunalen
57 Kiesfonds“ einzahlen, damit die Kommunen eventuelle
58 Schäden, die durch den Kiesabbau an kommunaler In-
59 frastruktur bzw. als Ausgleich für den Flächen und Na-

Empfehlung der Antragskommission:
Überweisung an SPD-Landtagsfraktion

60 turverbrauch entstehen, ausgleichen können.

61

62 Die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion werden
63 aufgefordert, das Bergrecht bzw. Bundesberggesetz so
64 zu verändern, dass Kommunen ein Vetorecht bei Abgra-
65 bungen haben.

66

67 Der Landesentwicklungsplan im Bereich Kies und Bo-
68 denschätze wird abgelehnt. Die SPD-Landtagsfraktion
69 wird in Ihren Bemühungen unterstützt, sich für eine
70 stärkere Begrenzung des Kiesabbaus einzusetzen.

71

72 Von Seiten des Landes NRW wird ein konkreter Abgra-
73 bungsplan gefordert, der vor allem einen sparsameren
74 Umgang mit den Ressourcen Landschaft und Kies be-
75 wirkt. Hierbei ist durch landesplanerische Vorgaben si-
76 cherzustellen, dass sich die jährlichen Kiesabbaumen-
77 gen deutlich verringern.

78

79 Die SPD-Kreistagsfraktion wird aufgefordert, sich wei-
80 terhin im Kreistag für eine sehr restriktive Abgrabungs-
81 politik einzusetzen und soll deshalb im Kreistag Kleve
82 die Aktualisierung des sog. „Kieskonzeptes des Kreises
83 Kleve“ vom 14.12.1995 und vom 13.12.2001 fordern und
84 sich für eine Kieskonferenz auf Kreisebene einsetzen,
85 auf der über die zukünftige Abgrabungskonzeption be-
86 raten werden kann.

87

88 Die Kreis Klever SPD bekräftigt Ihre bisherige Forderung
89 im Wahlprogramm zur letzten Kommunalwahl 2014,
90 dass es zu einer kontinuierlichen Verminderung der
91 jährlichen Abbauraten im Kreis Kleve kommen muss.

92

93 Die Kreis Klever SPD unterstützt die Forderungen des
94 sog. „Niederrheinappell 2019“.

95

96

97 **Begründung**

98

99 Der Kreis Kleve ist massiv vom Flächenfraß durch den
100 Kiesabbau betroffen. Das Tempo des Kiesabbaus im
101 Kreis Kleve muss deutlich verringert werden. Unsere
102 niederrheinische Kulturlandschaft wird unwiederbring-
103 lich zerstört.

104

105 Deshalb hat die Kreis Klever SPD bereits auf dem Kreis-
106 parteitag am 26.4.2008 mit dem Beschluss „Kiesab-
107 bau begrenzen – Sicherung unserer natürlichen Res-
108 sourcen und Umwelt“ ihre grundsätzliche Position be-
109 stimmt. Über zehn Jahre später, hat sich allerdings
110 kaum etwas am Raubbau unserer Landschaft verän-
111 dert. Die Kreis Klever SPD dankt deshalb auch der SPD-
112 Kreistagsfraktion für Ihre bisherigen Bemühungen im
113 Kreistag Kleve, die Auskiesung „Reeser Welle“ zu stop-
114 pen.

115

116 Der Kiesabbau in seiner jetzigen Intensität hat unmit-
117 telbare Auswirkungen auf die Entfaltungs- und Gestal-

118 tungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden.
119 Flächenabgrabungen sind ein schwerer Eingriff in die
120 Naturlandschaft. Ackerböden und Flächen für Gewerbe
121 und Wohnen stehen uns und künftigen Generationen
122 nicht mehr zur Verfügung. Dies führt langfristig zum
123 Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensqualität. Daher
124 ist es völlig unverständlich und mit der kommunalen
125 Selbstverwaltung nicht vereinbar, wenn über die Köpfe
126 der Gemeinde- und Stadträte hinweg und oft sogar ge-
127 gen deren Willen der Flächenfraß durch den Kiesabbau
128 durchgesetzt wird.

129
130 Kiesabbau muss vornehmlich durch Nachabgrabungen
131 ohne weiteren Flächenfraß oder an anderen Stellen,
132 die dafür geeignet sind, erfolgen. Vor jeder Abgrabung
133 muss feststehen, was mit der dann entstandenen Fläche
134 geschehen soll. Der künftige Abbaubedarf muss sich
135 aus der Menge des tatsächlich verbauten Kieses rich-
136 ten. Wenn schon mit Rohstoffsicherheit argumentiert
137 wird, ist es gerechtfertigt, ein Exportverbot zu verhän-
138 gen. Die Recyclingquote und die Forschung nach alter-
139 nativen Baustoffen werden von uns unterstützt und
140 müssen massiv gefördert werden.

141
142 Die CDU- und FDP-Landesregierung und die sie tragen-
143 den Landtagsfraktion gehen mit dem beschlossenen
144 Landesentwicklungsplan und den Lockerungen gegen-
145 über der bisherigen Abgrabungsplanung, den falschen
146 Weg. Auch der Kreistag Kleve hat dazu erhebliche Be-
147 denken angemeldet und sich gegen die Pläne von CDU
148 und FDP ausgesprochen.